

Mitschrift: Philosophie der Demokratie, 7.4.11

Prof. Dr. Erwin Bader, SoSe 2011

Hans Asenbaum

Es besteht kein Anspruch auf Vollständigkeit.

Fortsetzung: Die Staatsbegründung nach Jellinek

- 3) Rechtstheorien: Vertragstheorien: Grundlegend kann zwischen *Unterwerfungsvertrag* und *Gesellschaftsvertrag* unterschieden werden, wobei die Grenzen hier auch oft verschwimmen. Der Grundgedanke des Vertrags ist es zwischen Herrschenden und Beherrschten ein Übereinkommen zu Treffen, wobei der negative Aspekt der Abgabe individueller Rechte und des Verlusts des Rechts auf Widerstand dem positiven Aspekt, dass im Gegenteil einklagbare Rechte definiert und festgelegt werden gegenübergestellt wird. Beim Unterwerfungsvertrag steht der negative Aspekt, beim Gesellschaftsvertrag der positive im Vordergrund.
- Der Unterwerfungsvertrag, der von der Antike bis ins Mittelalter das Rechtsdenken der Menschen dominierte, basiert auf dem Gedanken, sich durch den Vertrag seiner Rechte zu entledigen, sie einem Herrschenden zu übertragen. In seiner Typischsten Form findet sich der Unterwerfungsvertrag beim Renaissancedenker Thomas Hobbes (1588-1679), der in seinem berühmtesten Werk *Leviathan*, den Staat, vor dem Hintergrund der Seemacht England, mit einem biblischen Meerungeheuer vergleicht. Hobbes tritt hierbei für die Zentralisierung von Macht zwecks Sicherung gesellschaftlichen Friedens ein. Dabei geht Hobbes von einem grundlegend negativen Menschenbild aus, das sicher auch von revolutionären und bürgerkriegsartigen Zuständen in England geprägt war. Der Mensch ist egoistisch und von Eigeninteressen getrieben, die er gegenüber Anderen rücksichtslos und ohne moralische Bedenken durchsetzt. „Der Mensch ist dem Menschen Wolf.“ Der natürliche Urzustand ist ein Krieg jedeR gegen jedeN. Zum Schutz der Menschen voreinander sollen alle auf Basis ihrer Vernunft ihre individuellen

Rechte einem Einzelnen übertragen, der die Rechtsordnung monokratisch aufrecht erhält. Insbesondere die Macht zu töten wird dem/der Herrschenden übertragen. Sind einmal alle Rechte abgetreten, liegt die gesamte Entscheidungsmacht allein bei dem/der Herrschenden. Das Recht auf Widerstand ist ebenfalls verwirkt. Diese Zentralisierung der Macht wird auch im Titelbild des Werkes veranschaulicht: Der dargestellte König besteht aus einer Unzahl kleiner Personen. Überdies hält der König die Insignien des Staates und der Kirche in Händen, was die Zentralisierung der weltlichen und geistigen Macht veranschaulicht, die bis heute insofern in Großbritannien erhalten ist, als dass die Königin auch heute das Oberhaupt der anglikanischen Kirche ist. Bild des Königs mit Insignien des Staates und der Kirche in der Hand.

- Am anderen Ende des politischen Spektrums findet sich Jean-Jacques Rousseau (1712-1778) dessen Theorie vom Gesellschaftsvertrag jener von Hobbes gegenübersteht. Einerseits gilt Rousseau als Ahnherr der Demokratie andererseits finden sich aber auch bei ihm autoritäre Elemente. Im Gesellschaftsvertrag kommt nämlich der allgemeine Wille (*volonté générale*) zum Ausdruck, nicht der Wille aller (*volonté de tous*). Der allgemeine Wille ist auf das Wohl aller Gemeinschaftsmitglieder ausgerichtet. Wer sich diesem Wohl widersetzen will, wer sich dem Gesellschaftsvertrag nicht anschließen will muss entweder die Gemeinschaft verlassen oder wird getötet. Es besteht also ein Recht auf Unterdrückung Einzelner, die vom allgemeinen Willen abweichen. Auch im Gesellschaftsvertrag werden die individuellen Rechte im Gesellschaftsvertrag aufgegeben bzw. abgegeben. Die Unterordnung unter den allgemeinen Willen ist die Voraussetzung für die Bürgerschaft.
- Es gibt aber noch eine dritte, weniger beachtete Vertragstheorie, die auf John Locke (1632-1704) zurückgeht. Im wesentlichen Unterschied zu den oben genannten bewahrt hier der/die Einzelne seine/ihre Rechte und überträgt diese nicht. Der liberale Charakter dieser Vertragstheorie kommt in der jederzeitigen Einklagbarkeit des Vertrags zum Ausdruck. Die Grund- und Menschenrechte bleiben dem Menschen dabei erhalten, auch wenn er die anderen abgibt.

- Unter den KritikerInnen solcher Vertragstheorien finden sich Kant und Fichte, die diese Theorien als wenig realitätsbezogen und spekulativ einschätzen. Kritisch äußert sich auch Hegel, dessen Staatstheorie von Jellinek zu den ethischen gezählt wird.
- 4) Ethische Theorie des Staates: Den ethischen Staatstheorien zu Folge will der Mensch das Gute und versucht die Etablierung des Guten durch den Staat herzustellen, der auch die Aufgabe übernimmt vor jenen zu schützen, die nicht das Gute wollen. Deshalb hat der Staat auch die Vollmacht zu strafen. Hegel: „Der Staat ist die Wirklichkeit der sittlichen Ideen.“ Der Staat selbst ist nicht die Idee. Die Idee ist die Sittlichkeit, von der dann der Staat abgeleitet wird. Der Staat basiert also auf und konzipiert sich aus einem Bedürfnis nach einem sittlichen, ethischen, geregelten Miteinander.
- 5) Die psychologische Theorie des Staates: Nach Jellinek gilt hier Plato (indogriechischer König im 2. Jhd. v. Chr.) als Prototyp. Die menschliche Psyche verlangt demnach nach Ordnung und sogar Unterordnung/Unterwerfung, danach beherrscht zu werden. Dieses Denken entspringt der antiken griechischen Rechtsordnung, in der Hierarchie in Familie Stammesordnung und Staat als gegeben aufgefasst wurde. Im antiken Griechenland meinte man (oder Mann?), dass Frauen mehr Bedürfnis hätten, beherrscht zu werden. Der Mann hatte demnach viel weitreichendere Rechte und die Frau war auf ihn angewiesen, um so indirekt überhaupt zu diesen Rechten zu kommen (Beispiel: Antritt einer Erbschaft). Psychologische Aspekte spielen auch in den anderen Theorien immer eine Rolle.

Das kooperative und konfliktorientierte Verständnis von Politik

- Das Wort Politik kommt vom gr. *Polis*, das die damaligen Städte bzw. die Stadt-Staaten beschrieb. Ursprünglich stammt es von der Befestigung der Stadt bzw. des Staates durch eine Mauer. Sprachgeschichtlich ist das Wort Polis vermutlich mit dem indogermanischen Begriff für *Pfahl* verwandt und weist damit auf den Abwehrcharakter der Polis hin. Konstituierend für das Verständnis von Polis ist aber nicht so sehr die namensstiftende Mauer,

sondern vielmehr das Leben innerhalb der Selben. Die BürgerInnen sind zentral für das Verständnis der Polis. Die BürgerInnen sind die Stadt. Was auf ein emanzipatorisch-demokratisches Verständnis von Politik hinweist.

Während in der Stadt selbst das wohlhabendere Bürgertum lebte, zählte zur Stadt auch das agrarische Umfeld mit seinen ärmeren BewohnerInnen, das gemeinsam mit dem urbanen Kern eine ökonomische Einheit bildete. Jede Stadt hatte ihre Gottheit, die – der damaligen Vorstellung nach – der Stadt Schutz gewährte.

- Von den Begriff Polis fand einerseits die Entwicklung zum modernen Begriff Politik statt andererseits aber auch zur Polizei (engl. police), was noch ein Mal (in einer Reihe mit Mauer und Pfahl) auf den Schutzcharakter des Wortes hinweist.
- Der mittelalterliche Philosoph Thomas von Aquin knüpft im Gegensatz zu vielen seiner Vorgänger nicht an Platon, sondern an Aristoteles an. Aristoteles' Klassifizierung von sechs Staatstypen liegen zwei Kriterien zu Grunde: die Zahl der Herrschenden: einer, wenige oder alle/viele, sowie die normative Ausrichtung der Herrschaft: positiv: ethisch, rechtsstaatlich oder negativ: unethisch, willkürlich.

	Rechtsstaatlichkeit	Willkür
EineR	Monarchie	Tyrannis
Wenige	Aristokratie	Oligarchie
Alle/Viele	Politie	Demokratie

- Thomas von Aquin übernimmt dieses politische Denken und überhöht die aristotelische normative Komponente des Politikbegriffs noch weiter. „Die Politik besteht darin, das Gemeinwohl herzustellen und zu sichern.“ Der Politik ist demnach die Orientierung am Gemeinwohl immanent. Dieser Gedanke war bei Aristoteles in Ansätzen aber nicht in dieser Deutlichkeit vorhanden. Bei seiner Aristoteles-Übersetzung fügt Aquin noch eine weitere Facette hinzu. Aristoteles schreibt: Der Mensch ist ein *zoon politikon* - ein politisches Wesen. Aquin übersetzt der Mensch ist ein *animal sociale*

politikon. Der Mensch wird so nicht nur in Beziehung zum Staat, sondern auch zu seinen Mitmenschen gesetzt. Demnach hat er nicht nur das Bedürfnis unterworfen zu sein, sondern auch das Bedürfnis nach Gemeinschaft, sozialen Kontakten etc.

- Es gibt auch eine gegensätzliche Interpretation von Politik, die nicht am Gemeinwohl, Miteinander und Kooperation, sondern am Eigennutz und Konflikt orientiert ist. Im Mittelalter hieß es: „Politisch Lied - ein garstig Lied.“ Diesem Politikverständnis liegt die Feindschaft zu Grunde: der Konflikt zwischen Parteien, Faktionen, die um die Vorherrschaft im Staat kämpfen, Auseinandersetzungen, die oft in Bürgerkriegen münden. Das Ziel der Politik ist es demnach, solche Konflikte beizulegen. Jean Bodin (1529-1596, französischer Staatstheoretiker) meint, eine Methode bestand darin, die inneren Konflikte nach außen gegen einen anderen Feind zu kanalisieren. Carl Schmitt (deutscher Staatsrechtler und ideologischer Wegbereiter des Nationalsozialismus) denkt in binären Freund/Feind-Kategorien. Damit zeigt Schmidt eine Grundproblematik auf, die die Demokratie zu lösen versucht. Wie sind Konflikte friedlich zu regeln? Jean Bodin glaubt nicht an das Potenzial der Demokratie auf diese Frage die richtige Antwort zu geben. In seinem Hauptwerk *Sechs Bücher über den Staat* werden positive und negative Staatsformen aufgelistet, wobei die Demokratie zwar zu den guten gezählt wird, wobei sie aber unter den damaligen Umständen nicht ausreichend funktionsfähig und zu problemfällig sei. Erstens sei die Demokratie durch ihre Meinungs- und Versammlungsfreiheit so konfliktanfällig (Faktionsbildung), dass sie sehr anfällig für Bürgerkriege sei. Zweitens weisen Demokratien meist eine zunehmende Machtzentrierung auf, wobei jene, die einen privilegierten Status in der Gesellschaft hätten, diesen immer weiter ausbauen könnten, bis Oligarchien entstehen würden. Bodin wendet aber ein, dass die schweizer Demokratie sehr wohl funktioniere. Dies sei aber auf eine schweizer Eigenart zurückzuführen und nicht verallgemeinerbar. Schweizer seien rationaler. Es brauche einen Grundkonsens der Humanität mit dem Ziel des Friedenserhalts.

- Dem Verständnis von Politik als Gegeneinander oder Konflikt folgend lässt sich eine lange Konfliktlinie durch die Geschichte Europas rekonstruieren: diese beginnt mit der Auseinandersetzung zwischen kirchlicher/päpstlicher und weltlicher/kaiserlicher Macht, setzt sich zwischen Katholizismus und Protestantismus fort, wird auch zwischen Klerikalismus und Laizismus ausgetragen und findet sich in unserer aktuellen Parteienlandschaft zwischen christlich-konservativen und sozialdemokratischen Parteien. Liberaler Demokratietheorie zu Folge spielt die Wahl die Rolle des Korrektivs das diese Konflikte regelt. Hier kann die Bevölkerung Herrschaft beenden und neu besetzen. Bodin steht Wahlen aber skeptisch gegenüber: Das Volk hat nicht die nötigen Kompetenzen diese Entscheidung zu treffen. Nur ein Monarch kann den Frieden und die Stabilität sichern.
- Auch bei Hegel finden sich ähnliche Gedanken. Hegel meint zwar: „In der Gemeinde herrscht der Geist Gottes.“ Weiters sind demokratische Ansätze im Denken Hegels zu finden. „Die Vernunft findest du auf der Landstraße.“ Demnach regeln Menschen mit ihrem Alltagsverstand ihre täglichen Probleme vernünftig. Gleichzeitig stellt er sich aber die Frage, wie das Auseinanderfallen des konfliktreichen Staates verhindert werden kann. Seine Antwort: Nur durch einen einzelnen Repräsentanten/Herrscher kann die Einheit gewährleistet werden.
- Mit der Entwicklung des Staates und der Konflikte in ihm wuchs auch das Bedürfnis nach konstruktiver Regelung derselben. Langsam wird das Wohl des Menschen in der Staatsphilosophie dem des Staates subsumiert. Aquin: Der Staat unterscheidet sich vom Menschen insofern, als er eine relationale Realität ist (in ihm existieren also Beziehungen), während der Mensch die substantielle Identität (die eigentlich entscheidende) des Staates darstellt. Der Staat unterstützt, regelt, ermöglicht das gesellschaftliche Miteinander, nicht der Mensch dient einem fiktiven Staatsinteresse.